



**Dr. Fabio Crivellari**

*Landtagskandidat für den Wahlkreis Konstanz | Radolfzell*



Dr. Fabio Crivellari | Torgasse 1 | 78462 Konstanz

## **An den Kreissenorenrat im Landkreis Konstanz**

Torgasse 1  
78462 Konstanz  
Telefon 07531 380 95 45  
Mobil 0176 700 893 58  
fabio@crivellari.de  
[www.facebook.com/facriv](https://www.facebook.com/facriv)  
[www.crivellari.de](http://www.crivellari.de)

### **Antworten von Dr. Fabio Crivellari, CDU**

#### **Hochwertige und bezahlbare Pflege für alle**

Erst jüngst hat die von der CDU angestoßene Enquete-Kommission „Pflege“ im Landtag ihren Abschlussbericht vorgelegt, der wichtige Hinweise für die Pflegepolitik der Zukunft gibt. Die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und nachhaltig bezahlbaren Pflege ist unser Ziel. Dabei steht für mich der Mensch immer im Mittelpunkt. Durch die sich weiter verändernden Familienstrukturen werden die Anforderungen an die ambulante Pflege nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ zunehmen. Deshalb brauchen wir neben den reinen Pflegeleistungen auch das nachbarschaftliche und das ehrenamtliche Engagement, um die Vereinsamung von älteren, nicht mehr mobilen Menschen zu verhindern. Hierfür sind die vielen kirchlichen und sozialen Einrichtungen im Land von unschätzbare Bedeutung. Der Landkreis hat durch den Pflegestützpunkt in Radolfzell und der Außenstelle in Konstanz sowie durch die Pflegelotsen eine gute Ausgangslage geschaffen. Mir ist es wichtig, dass kontinuierlich weitere Pflegeplätze geschaffen werden und der Pflegeberuf attraktiv gestaltet wird.

#### **Wohnen im Alter**

Ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden bis ins hohe Alter – das ist der Wunsch vieler Menschen. Das bedeutet auch Lebensqualität! Diesen Wunsch will ich mit Nachdruck unterstützen. Dazu brauchen wir vielfältige maßgeschneiderte örtliche Lösungen wie Quartierskonzepte, generationenübergreifende Wohnformen sowie vor allem Betreuungs- und Dienstleistungsangebote. Der Bund hat unter anderem die Leistungen für wohnumfeldverbessernde Maßnahmen aufgestockt. Es braucht aber auch einen leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehr und eine gute medizinische Versorgung, beispielsweise über Medizinische Versorgungszentren sowie mehr Telemedizin. Ich sehe die Notwendigkeit für bezahlbaren Wohnraum, gerade in unserer Region. Die Bundesregierung hat vor wenigen Tagen die Weichen dafür gestellt, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus auf 2 Mrd. Euro im Jahr zu verdoppeln. Auch steuerliche Anreize und Sonderabschreibungen sind für Wohnviertel vorgesehen, in denen es zu wenige bezahlbare Wohnungen gibt. Und wir brauchen aber auch zwingend weniger Bürokratie und Vorschriften!

#### **Rente**

Die Lebensleistung eines jeden Einzelnen zu würdigen, ist für mich eine besondere Verpflichtung. Die CDU hat die Rahmenbedingungen von Rentnern deutlich verbessert. Mütter, die vor 1992 Kinder geboren haben, bekommen mit der „Mütter-Rente“ ein zusätzliches Erziehungsjahr angerechnet. Daneben können Arbeitnehmer, die in jungen Jahren ins Berufsleben gestartet sind, nach 45 Beitragsjahren mit 63 abschlagsfrei in Rente gehen. Zudem ist die Rentengrenze

nach oben durchlässiger geworden. Arbeitnehmer, die sich fit genug dafür fühlen, können auch nach Erreichen der Altersgrenze bei ihrem Arbeitgeber befristet weiterarbeiten. Zu geringe Rentenansprüche sollten bei ausreichenden Beitragsjahren spürbar aufgestockt werden.

## **Sicherheit**

Sicherheit ist Voraussetzung für eine freie Gesellschaft. Die Sicherheit der Bürger und der Schutz vor Straftaten gehören zu den Kernaufgaben der landespolitischen Verantwortung. In den letzten fünf Jahren unter Grün-Rot sind die Zahlen - insbesondere der Einbruchskriminalität - dramatisch angestiegen. Dies zu bekämpfen, hat oberste Priorität. Dazu sollen mehr Polizeistreifen in Wohngebieten, Zivilfahnder und eine Wiederbelebung der kommunalen Kriminalprävention dienen. Wir werden 1.500 neue Stellen bei der Polizei schaffen. Und über zinsgünstige Darlehen sollen bauliche Maßnahmen zum Einbruchschutz am Eigenheim ermöglicht werden. Menschen, bei denen eingebrochen wurde oder die Opfer einer anderen Straftat wurden, sind oft traumatisiert. Das muss verhindert werden. Die Polizei leistet eine engagierte Arbeit, für die ich dankbar bin und die ich unterstützen werde. Den Polizistinnen und Polizisten gebührt unser Respekt und nicht unser Misstrauen, wie durch die geplante Kennzeichnungspflicht seitens der Grünen. Ich setze mich dafür ein, dass Baden-Württemberg wieder zum sichersten Bundesland wird!

## **Mobilität**

Mobilität ist gerade auch für ältere Menschen von größter Bedeutung. Ich will mich dabei vor allem für einen leistungsfähigen und bezahlbaren Personennahverkehr einsetzen, der im ganzen Landkreis und darüber hinaus gut funktioniert. Dazu gehören attraktive und barrierefreie Bahnhöfe und Haltestellen. Hier will ich mich für weitere Verbesserungen einsetzen, damit es Rollstuhlfahrer, gehbehinderte Personen oder Familien mit Kinderwägen leichter haben. Am 25. Februar werde ich im Rahmen eines „Bahntags“ die aktuellen Defizite näher unter die Lupe nehmen. Start ist um 8.15 Uhr am Konstanzer Bahnhof, Mitfahrer sind herzlich eingeladen.

## **Allgemeines**

- Eine **Fahrtauglichkeitsprüfung** im Alter lehne ich ab. Vielmehr setze ich auf die Eigenverantwortung jedes Einzelnen und auf Anreize, vom eigenen Auto auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen.
- **Fluglärm:** Der Flughafen Zürich hat auch für uns Bedeutung. Aber wir tragen bereits einen guten Teil der Belastungen: Ein Großteil der Anflüge geht über Südbaden und auch über den Kreis Konstanz. Ich werde kämpfen gegen mehr Fluglärm über unseren Köpfen. Die Ablehnung des Fluglärm-Staatsvertrags mit der Schweiz war hierfür ein wichtiges Signal. Mit unserem Bundestagsabgeordneten Andreas Jung und Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt haben wir engagierte Mitsreiter bei dem Bestreben, die Lasten des Fluglärms gleichmäßig zu verteilen und zusätzliche Belastungen zu vermeiden.
- **Windkraftanlagen:** Windkraft ist eine Säule der Energiewende. Auch in Baden-Württemberg sollten aufgrund der Windhöffigkeit geeignete Standorte genutzt werden. In jedem Einzelfall müssen die Anliegen des Ausbaus der erneuerbaren Energien und von Landschafts-, Natur- und Nachbarschaftsschutz abgewogen und zu einem Ausgleich gebracht werden. Für die Akzeptanz der Energiewende ist dabei eine frühzeitige Bürgerbeteiligung wichtig. Die Abschaffung der verbindlichen Regionalplanung durch Grün-Rot sehe ich kritisch. Wegen der Abschaffung können Fragen, die die Grenzen von Gemeinden überschreiten und andere Konflikte nicht frühzeitig ausgeräumt werden. Zudem ist es nicht mehr möglich, Vorrangflächen etwa für den Naturschutz im Regionalplan zu verankern. Unterm Strich gefährdet Grün-Rot damit die Akzeptanz der Energiewende.